



156/2005

Kiel, 10. November 2005

## **Wulf Jöhnk folgert aus den Ereignissen in Frankreich: Bemühungen zur Integration von Migranten verstärken**

*Kiel (SHL) – Angesichts der gewalttätigen Proteste in sozialen Brennpunkten in Frankreich betont der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, dass nach seiner Einschätzung in Schleswig-Holstein nicht mit vergleichbarem Vorgehen von Jugendlichen und Heranwachsenden zu rechnen ist.*

Wulf Jöhnk geht davon aus, dass es hier keine derartige Grundstimmung in den Städten gibt, die zu gewalttätigen Ausschreitungen führen wird. „Wohl aber leben Menschen mit Migrationshintergrund auch in Schleswig-Holstein oftmals in einer unbefriedigenden Situation“, so Jöhnk. „Etliche der in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten oder deren Kinder bekommen leider viel zu oft zu spüren, dass sie nicht als gleichwertige Mitglieder der deutschen Gesellschaft betrachtet werden. Viel zu oft begegnen diese Menschen Vorbehalten und müssen sich rechtfertigen oder distanzieren von Vorkommnissen, für die sie keine Verantwortung tragen. Auch die wieder aufflammende Diskussion um die deutsche Leitkultur ist nicht geeignet, für ein gleichberechtigtes Zusammenleben zu werben.“

Der Ausländerbeauftragte betont, dass es etliche noch nicht gelöste Probleme gibt. Gerade im Bereich der Schul- und Berufsausbildung, aber auch auf dem Arbeitsmarkt sieht Jöhnk nach wie vor einen großen Handlungsbedarf. Über die positiven Ansätze, so das frühzeitige Erarbeiten eines Integrationskonzeptes durch die Landesregierung, das integrative Sprachförderkonzept oder aber auch die Aktivitäten freier Träger oder von Migrantenselbstorganisationen hinaus fordert Jöhnk von der Politik weitere Anstrengungen. Er warnt davor, durch Kürzungen im Haushalt – wie beabsichtigt jetzt bei der Migrationsberatung – laufende Projekte zu gefährden oder wichtige Maßnahmen zu verhindern.

Wulf Jöhnk abschließend: „Die beste Vorbeugung gegen den Frust- und Protest von benachteiligten Jugendlichen und Heranwachsenden aus Migrantenfamilien ist, deren Benachteiligung und Ausgrenzung zu verhindern und diese Menschen voll in unsere Gesellschaft zu integrieren. Die Bemühungen zur Integration müssen fortgesetzt und verstärkt werden.“